

Antrag

**der Abgeordneten Dr. Uschi Eid, Margareta Wolf (Frankfurt) und der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Reformpartnerschaften mit Afrika intensivieren – Afrika muss auf die Tagesordnung des G8-Gipfels in Deutschland 2007

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Im Jahr 2007 übernimmt die Bundesregierung die G8-Präsidentschaft und wird somit den Weltwirtschaftsgipfel in der Bundesrepublik Deutschland ausrichten. Zur Vorbereitung dieses Zusammentreffens bleibt nur noch ein Jahr. Die Bundesregierung hat im Rahmen der Agendagestaltung auch zu entscheiden, welche Bedeutung sie afrikapolitischen Themen beimisst, und somit die Unterstützung der afrikanischen Entwicklungs- und Reformbemühungen von Seiten der G8-Staaten bekräftigt.

NePAD (New Partnership for Africa's Development), die von afrikanischen Reformpolitikern entwickelte Reformstrategie, ist Referenzrahmen für die G8-Reformpartnerschaft mit afrikanischen Staaten. Um die Jahrtausendwende haben sich Reformkräfte Afrikas zusammengefunden, um mit dem Bild vom abhängigen, verlorenen Krisenkontinent und internationalen Almosenempfänger zu brechen. Diesem in westlichen Industriestaaten dominierenden Bild setzen sie einen neuen Blick auf Afrika entgegen. Dieser neue Blick, der zugegebenermaßen von zahlreichen realen Problemen verdeckt wird, offenbart reformwillige Kräfte, die ihre Zukunftsgestaltung selbst in die Hand nehmen möchten, um ihre politischen, wirtschaftlichen und sozialen Chancen in einer globalisierten Welt zu verbessern, und dabei auch die eigenen Fehler der Vergangenheit nicht unberücksichtigt lassen. Unter der politischen Verantwortung vor allem der Staats- und Regierungschefs Südafrikas und Nigerias entwickelten verschiedene afrikanische Reformkräfte eine umfassende und weitreichende Reformstrategie für den afrikanischen Kontinent, die erstmals 2001 auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos, später unter dem Namen NePAD ebenfalls 2001 auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Genua den G8-Staats- und Regierungschefs vorgestellt wurde. Zwar wird von verschiedenen Seiten das demokratische Defizit aufgrund der fehlenden Einbeziehung sowohl der Zivilgesellschaft als auch der nationalen Parlamente bei der Entwicklung der NePAD-Initiative kritisiert, dennoch dient sie als Handlungsorientierung einer afrikanischen Reformpolitik für die nächsten Jahrzehnte, weil sie die für eine nachhaltige Entwicklung grundlegenden und zentralen Handlungsbereiche umfasst: Frieden und Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Demokratie ebenso wie die Sektoren Infrastruktur, Bildung und Naturressourcen und die notwendige Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Entwicklung eines freien und sozial verantwortlichen Unternehmertums. Für eine Vielzahl dieser Bereiche entwickelt NePAD spezifische Einzelinitiativen, um Entwicklungshemmnisse und Missstände zu überwinden.

Besonders dringende Herausforderungen werden mit bis dahin unbekannter und selbstkritischer Deutlichkeit benannt: vom afrikanischen Fluchtkapital, dem ökonomischen und intellektuellen Aderlass durch den Wegzug afrikanischer Fachkräfte bis hin zur lähmenden Wirkung der Korruption, dem Verdrängungseffekt europäischer Agrarexportsubventionen oder der notwendigen Verbesserung regionaler Wirtschaftskooperation durch den Abbau von innerafrikanischen Handelshemmnissen.

Auf dem Weltwirtschaftsgipfel im Juni 2002 in Kananaskis beschlossen die G8-Staats- und Regierungschefs, die NePAD-Initiative zu unterstützen, und verabschiedeten den so genannten G8-Afrika-Aktionsplan. Darüber hinaus verständigten sie sich darauf, den afrikanischen Kontinent bis zum Jahr 2010 regelmäßig auf die Tagesordnung der G8-Gipfel zu setzen, die Reformanstrengungen afrikanischer Regierungen systematisch zu begleiten und zu unterstützen und den Fortschritt der Reformpartnerschaft der G8-Staaten mit den NePAD-Staaten einer kontinuierlichen Bewertung zu unterziehen. Dem wurde auf dem Gipfel in Evian 2003, in Sea Island 2004 und Gleneagles 2005 entsprochen. Beim diesjährigen G8-Treffen im Juli in St. Petersburg wurde ein Gipfeldokument zu Afrika verabschiedet.

Der Kern der G8-NePAD-Partnerschaft besteht im Konzept der „bevorzugten Partnerschaft“ („Enhanced Partnership“), wie es von den G8-Staaten in der Präambel des G8-Afrika-Aktionsplanes 2002 beschlossen worden ist. Diese sieht vor, mit den afrikanischen Staaten besondere Beziehungen zu pflegen, die die von NePAD vorgesehenen Reformen auch umsetzen. Das innovative Kernelement dieser Reformen ist der „Peer Review“, ein formalisierter Prozess, zu dem sich afrikanische Regierungen zur Bewertung ihrer Regierungspolitik freiwillig verpflichten, um innenpolitische Defizite und Schwächen, aber auch Stärken zu identifizieren mit dem Ziel, Erkenntnisse über Reformnotwendigkeiten zu erlangen. Die beiden ersten Berichte im Rahmen dieses formalisierten Bewertungsprozesses in Ghana und Ruanda sind inzwischen fertig gestellt und veröffentlicht.

Um dem Ansatz der „Enhanced Partnership“ Rechnung zu tragen, entwickelte die Bundesregierung nach Verabschiedung des G8-Afrika-Aktionsplanes 2002 als Leitgedanken ihrer Afrika-Politik den Ansatz der „Reformpartnerschaften“. Jenen afrikanischen Staaten, die ernsthafte Reformschritte einleiten und hierfür „Peer Reviews“ in ihren Ländern durchführen, sollte hierbei Unterstützung angeboten werden – wobei der Schwerpunkt der Unterstützungsangebote auf Reformen in den Bereichen Frieden und Sicherheit, verantwortungsvolles Regierungshandeln und grenzüberschreitendes Ressourcenmanagement gelegt wurde. Wichtig dabei ist, dass Parlamente und zivilgesellschaftliche Organisationen und Verbände bei der Durchführung der „Peer Reviews“ und der Erarbeitung der Länderberichte stärker einbezogen werden.

II. Der Deutsche Bundestag begrüßt,

1. dass die G8-Staaten, angesichts der neuen politischen Dynamik auf dem afrikanischen Kontinent, auf dem G8-Gipfel in Genua 2001 entschieden haben, die NePAD-Reforminitiative mit einem konkreten Aktionsplan zu unterstützen und diesen in einem intensiven Dialogprozess zwischen den persönlichen Afrikabeauftragten der G8-Staats- und -regierungschefs und den persönlichen NePAD-Beauftragten der afrikanischen Staats- und Regierungschefs ausgearbeitet haben. Der „G8-Afrika-Aktionsplan“ wurde ein Jahr später auf dem G8-Gipfel in Kananaskis, Kanada, in Anwesenheit der Staatschefs von Algerien, Nigeria, Senegal und Südafrika sowie dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, verabschiedet und sieht vor, mit jenen afrikanischen Staaten „bevorzugte Partnerschaften“ einzugehen, die ernsthafte Schritte zur Umsetzung notwendiger Reformen in die Wege leiten. Diese auf

- Dialog basierende neue G8-Afrika-Partnerschaft beinhaltet eine neue Qualität der Beziehungen zwischen den G8-Staaten und den Ländern Afrikas;
2. dass NePAD von den afrikanischen Reformpolitikern als politisches Instrument zur Transformation des Grundverständnisses über die Aufgaben und Ziele von verantwortlichem Regierungshandeln in Afrika, sei es auf nationaler, regionaler oder pan-afrikanischer Ebene, entwickelt wurde. Es geht darum, dass afrikanische Regierungen und Regierungsverantwortliche das Allgemeinwohl über das Wohl des Einzelnen und über Partikularinteressen von Ethnien, Clans oder Großfamilien stellen. Entwicklung im Sinne einer gerechteren Verteilung von Chancen und materiellen Werten setzt dieses Verständnis zwingend voraus. Dieses politische Verständnis von Staat ist in weiten Teilen Afrikas nicht verbreitet und stellt ein großes Entwicklungshemmnis dar. Die reformorientierten Kräfte in Afrika haben dieses erkannt und in NePAD diesen Grundgedanken auf der Grundlage gemeinsamer Überzeugungen über den Wert von Demokratie, Partizipation, Rechtssicherheit und einer gemeinsamen Strategie zur wirtschaftlichen Entwicklung implizit festgeschrieben;
 3. dass eine Reihe von Reformen eingeleitet worden und bereits erste Fortschritte zu verzeichnen sind. Am deutlichsten werden diese Fortschritte durch die Konstituierung des Afrikanischen Friedens- und Sicherheitsrates und den Aufbau des Direktorates der Afrikanischen Union (AU) für Frieden und Sicherheit. Hierdurch nahmen die Veränderungen vor allem im sicherheitspolitischen Sektor bereits konkrete institutionelle Formen an und bildeten sich neue völkerrechtliche Grundlagen für eine eigenständige afrikanische Friedenspolitik heraus. Die Ernsthaftigkeit der Übernahme dieser neuen sicherheitspolitischen Eigenverantwortung unter neuen völkerrechtlichen Vorzeichen zeigt sich etwa in der Entsendung der Friedensmission der AU nach Darfur. Zwar ist ihr Potential zur friedlichen Krisenbewältigung nach wie vor nicht besonders stark ausgeprägt, wie die katastrophale humanitäre Situation in Dafur und die geringe Interventionskraft der AU vor Augen führen. Gleichwohl gibt es Anzeichen für wachsende Fähigkeiten in Afrika, Konflikte künftig gewaltfrei zu bewältigen. So konnten Regionalorganisationen wie etwa die westafrikanische ECOWAS bei der Eindämmung und Lösung regionaler Konflikte erfolgreich eingreifen und vermitteln und afrikanische Streitkräfte zur Überwachung von Waffenstillständen und Friedensabkommen in andere afrikanische Staaten entsandt werden;
 4. dass eine Reihe von afrikanischen Staaten mit der Umsetzung des „Peer Reviews“ begonnen hat. Dank der Abkehr der AU vom strikten Nichteinmischungsgebot in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten konnte mit der Annahme von NePAD als strategischem Politikrahmen für Afrikas Entwicklung auch der „African Peer Review“ beschlossen werden, demgemäß die afrikanischen Staaten einander erstmals nach selbst gesetzten Prinzipien und Standards gegenseitig beurteilen wollen. Dieser Prozess steht jedem Mitglied der Afrikanischen Union offen, das sich mit den politischen NePAD-Zielen hinsichtlich Demokratie, verantwortungsvoller Regierungsführung und nachhaltiger Entwicklung identifiziert. Bisher haben sich 26 Staaten zur Durchführung dieses formalisierten gegenseitigen Beurteilungsprozesses verbindlich angemeldet. Mit den ersten „Peer-Review“-Prozessen begannen 2004 Ghana, Kenia, Mauritius und Ruanda; bis 2007 sollen weitere acht fertig gestellt sein. Dieser Prozess sollte möglichst transparent und unter Beteiligung der Zivilgesellschaften in den jeweiligen Ländern organisiert werden;
 5. dass die G8-Staaten gewillt sind, den G8-Afrika-Dialog als einen politischen Prozess auf der Ebene der Regierungschefs für einige Zeit fortzuführen und Afrika bis zum Jahr 2010 auf der G8-Tagesordnung zu behalten. Dies ist richtig, denn um ein modernes Staats- und Regierungsverständnis in politisches

Handeln umzusetzen, bedarf es entsprechend langwieriger Reformen. Dieser Anspruch kann nicht von heute auf morgen erfolgreich umgesetzt werden, sondern bedarf eines langen Atems. Es werden immer wieder Rückschläge den Prozess behindern und Fehlentwicklungen zu korrigieren sein. Um aber die Dynamik des Transformationsprozesses aufrechtzuerhalten – trotz unterschiedlicher Reformgeschwindigkeiten in verschiedenen Ländern und Regionen, trotz unterschiedlichster Interessen und Zwänge, in die einzelne Akteure eingebunden sind – muss der G8-NePAD-Dialog den politischen Transformationsprozess in Afrika auf der Ebene der Regierungschefs für einige Zeit begleiten. Das Jahr 2010 wurde als eine Zielmarke deshalb gewählt, weil es das einzige Jahr ist, das im G8-Afrika-Aktionsplan als Zeitrahmen erwähnt ist. Die G8-Staaten verpflichten sich dort in Kapitel I Abs. 1.2 alles zu tun, um afrikanische Staaten und afrikanische Regionalorganisationen in die Lage zu versetzen, bis zum Jahr 2010 selbständige Friedensmissionen durchzuführen. Es gibt unterschiedliche Gründe, sich darauf einzustellen, dass Afrika eines Tages nicht mehr selbstverständlich auf der G8-Tagesordnung steht. Dies ist dann auch richtig, wenn sich die Reformländer auf gutem Wege befinden.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf;

1. beim G8-Gipfel unter deutscher Präsidentschaft im Jahr 2007 Afrika auf die Tagesordnung zu setzen, um die Reformpartnerschaft zwischen den G8-Staaten und den afrikanischen Reformstaaten zu stärken und ihr neue Impulse zu verleihen;
2. dafür zu sorgen, dass die G8-Staaten nationale „Umsetzungsberichte“ über ihre Aktivitäten zur Einlösung der Beschlüsse, wie sie mit dem G8-Afrika-Aktionsplan gefasst worden sind, auf dem G8-Gipfel in Deutschland in 2007 vorlegen;
3. die Staatspräsidenten der Kerngruppe der NePAD-Staaten, den Präsidenten und den Kommissionsvorsitzenden der Afrikanischen Union sowie die Präsidenten der Staaten, die bis zum Juli 2007 den formalisierten gegenseitigen Beurteilungsprozess („Peer Review“) durchgeführt haben, zum Gipfeltreffen einzuladen;
4. die von der rot-grünen Bundesregierung auf der Grundlage der neuen Reformbereitschaft auf dem afrikanischen Kontinent vorgenommene Neubestimmung der Afrikapolitik im Rahmen der G8 fortzuführen und sich im Sinne der „Reformpartnerschaft“ mit afrikanischen Ländern den außenpolitischen, entwicklungspolitischen und sicherheitspolitischen Herausforderungen gleichermaßen anzunehmen;
5. dass sie ihre entwicklungspolitischen Instrumente flexibilisiert, um auf spezifische, im Rahmen des NePAD-Prozesses formulierte Anforderungen der Reformpartner in afrikanischen Ländern wirksam reagieren zu können;
6. ihre Anstrengungen hinsichtlich der im G8-Afrika-Aktionsplan festgelegten prioritären Reformbereiche Frieden und Sicherheit; verantwortungsvolles Regierungshandeln; Handel, Investitionen und nachhaltiges Wirtschaftswachstum; Entschuldung; Bildung und Ausbildung; Gesundheit und Aidsbekämpfung; Landwirtschaft und die Bewirtschaftung von Wasserressourcen zu verstärken;
7. die von Deutschland im Rahmen der G8 initiierte Unterstützung von afrikanischen Regionalagenturen zum grenzüberschreitenden Wassermanagement weiterzuführen, zu verstärken, weitere Partner hinzuzugewinnen und insbesondere den Afrikanischen Wasserrat („AMCOW“) in seinen Bemühungen zu unterstützen, das Wassermillenniumsziel für Afrika zu erreichen

und durch verbessertes grenzüberschreitendes Wassermanagement und die Stärkung von Flussgebietskommissionen krisenpräventiv zu wirken;

8. dass sie den von Deutschland initiierten, im „Berlin-Prozess“ erarbeiteten und auf dem G8-Gipfel in Evian am 1. Juni 2003 verabschiedeten gemeinsamen Afrika-G8-Friedensplan zur Stärkung der afrikanischen Kapazitäten für friedensunterstützende Operationen aktiv begleitet, die Initiative zur Umsetzung einzelner Maßnahmen ergreift und weiterhin Finanzmittel zur Verfügung stellt, um die Afrikanische Union und die Regionalorganisationen bis zum Jahr 2010 in die Lage zu versetzen, eigenverantwortliche Friedensmissionen auf dem afrikanischen Kontinent durchzuführen. Im Mittelpunkt hierbei sollten die Friedensausbildungszentren in Accra/Ghana, in Nairobi/Kenia und die Unterstützung des Friedens- und Sicherheitsdirektorates der Afrikanischen Union stehen.

Berlin, den 20. September 2006

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

Begründung

Die Reformschritte Afrikas geben Grund zu Hoffnung und müssen von den G8-Staaten weiterhin unterstützt werden.

Die Skepsis gegenüber afrikanischem Reformwillen und afrikanischer Reformfähigkeit ist groß. Dies ist – angesichts fast unüberbrückbarer Probleme, aber auch angesichts vieler fehlgeschlagener Initiativen zur „Rettung des Kontinents“ – zum Teil verständlich.

Nicht zuletzt gibt das Verhalten der afrikanischen Reformer gegenüber dem Regime von Robert Mugabe in Simbabwe immer wieder Anlass, dem Reformwillen afrikanischer Politiker zu misstrauen. Das inakzeptable Verhalten der äthiopischen Regierung nach den Wahlen gegenüber der Opposition oder die Aidspolitik des südafrikanischen Staatspräsidenten Thabo Mbeki reihen sich hier ebenfalls ein. Trotzdem dürfen die Chancen nicht verkannt werden. Die neue politische Dynamik hat in den letzten zehn Jahren zu Veränderungen geführt, die zum Teil atemberaubend sind. Am spektakulärsten ist die Abkehr von den beiden eisernen Prinzipien des postkolonialen Afrikas, nämlich dem Prinzip der „Nichteinmischung“ in innere Angelegenheiten anderer afrikanischer Staaten und dem Prinzip der „Nichtintervention“. Ersteres hatte zur Folge, dass im Rahmen von NePAD der so genannte Peer Review als formalisierter gegenseitiger Beurteilungsprozess eingerichtet wurde, dem sich bereits mehrere Staaten, darunter Ruanda, Ghana, Kenia und Mauritius unterzogen haben. Auch wenn zu beklagen ist, dass die „Peer Reviews“ nicht schnell und umfassend genug durchgeführt werden, sollte doch anerkannt werden, dass es sich um grundlegende Änderungen im Denken afrikanischer Politiker handelt. Es soll überhaupt nicht gerechtfertigt werden, dass in der Tat – aus Sicht der betroffenen Bevölkerung – vieles zu langsam geht, aber es muss daran erinnert werden, dass solche grundlegenden Einstellungs- und Verhaltensänderungen auch Zeit brauchen! Die Herausforderungen für die NePAD-Initiative werden allerdings in den nächsten Jahren darin bestehen, die Parlamente und die Zivilgesellschaft Afrikas in die Selbstüberwachung und die Beobachtung der politischen und sozioökonomischen Parameter einzubeziehen. Ferner ist zu hoffen, dass sich zukünftig alle NePAD-Mitgliedstaaten auch an dem APRM beteiligen werden.

Die Abkehr vom Prinzip der Nichtintervention hat zu größten Veränderungen auf dem afrikanischen Kontinent geführt. So zeigt die afrikanische Friedensmission der AU in Darfur, wo ein schleichender Völkermord stattfindet, dass eine Situation wie 1994 in Ruanda nicht mehr denkbar ist, als kein afrikanischer Staat eine Intervention erwogen hat. Offensichtlich ist aber auch, dass die AU im Moment noch nicht in der Lage ist, alleine solche Friedensmissionen erfolgreich durchzuführen. Die Tatsache, dass die internationale Staatengemeinschaft sie dabei unterstützen muss, ist kein Beweis für die Skeptiker, dass es Afrika „wieder nicht schafft“. Betrachtet man die Ausgangsbedingungen von vor zehn bis 15 Jahren insgesamt, so kann man feststellen, dass Afrika gegenwärtig einen enormen Modernisierungsschub erlebt. Natürlich ist dies kein stetiger Prozess des Fortschritts in allen Ländern und auf allen Ebenen. Es sind Modernisierungsprozesse voll von Widersprüchen, Friktionen und Ungleichzeitigkeiten. So schmerzlich dies alles für die Betroffenen und die Opfer ist, aber auch Europa hat seine Entwicklung hin zur Moderne nicht geradlinig vollzogen.

